

## Mario Draghi liefert, und verstimmt die Aktienmärkte

Mario Draghi hat abermals Wort gehalten und seinen Ankündigungen zu sinkenden Zinsen und ausgeweiteten Anleihekäufen Taten folgen lassen. Dieses Mal aber haben es ihm die Finanzmärkte nicht mit einem Kursfeuerwerk sondern mit fallenden Notierungen gedankt.

Immerhin sorgte er zugleich auch für die Zukunft vor, indem er weitere zusätzliche Lockerungen der Geldpolitik in Aussicht stellte.

Wer wollte es dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank übel nehmen, wenn dieser sich über den Undank der Märkte als Quittung für die jüngsten Lockerungsmaßnahmen der Notenbank beschwerte. Immerhin gilt seit Jahren, dass sowohl die Bond- als auch die Aktienmärkte sich keinen besseren Freund in Europa vorstellen können als eben den rührigen Chef der EZB. Nicht anders ist es ja auch in Nordamerika, wo zunächst Ben Bernanke und seit einiger Zeit auch Janet Yellen die Definition einer Notenbank-Taube zu ganz neuen Höhen geführt hat.

Freilich könnte man auch meinen, Mario Draghi sollte sich erst gar nicht um die Aktienmärkte kümmern. Tatsächlich zeigte er ja auch in der Vergangenheit keinerlei Tendenzen ein Freund der Aktienkultur zu sein. Der Ex-

Goldman Sachs Banker beharrt geradezu stoisch darauf, ausschließlich an der von ihm gefühlten Deflationsfront tätig zu sein. Nebenbei lässt sich überdies feststellen, dass er hier wohl nicht ganz alleine kämpft, denn wie zuletzt zu lesen war, kaufen auch andere Europäische Notenbanken, allen voran jene Italiens und Frankreichs, unter einem bislang



weitgehend unentdeckt gebliebenen Programm seit Jahren eigene Staatsanleihen in Milliardenhöhe. Zugleich hört man es in der neuen Notenbankhauptverwaltung in Frankfurt am Main nicht gerne, wenn jemand sich erdreistet, derartige Anleihekäufe als Staatsfinanzierung zu titulieren. Solche Unbill ist nachvollziehbar, denn Staatsfinanzierung durch Anleihe-

käufe ist ja nach den Verträgen zum Euro verboten.

Möglicherweise waren es aber auch ganz andere Gründe, die für die jüngste Unruhe an der Börse sorgten. Zunächst ist hierzu festzustellen, dass in erster Linie die Anleihekurse nach der EZB-Ankündigung überraschend nach unten rauschten. Offenbar hatte man sich am Rentenmarkt eine noch stärkere Ausweitung des Anleihekaufprogramms gewünscht. Aber auch die Aktienmärkte mussten deutlich Federn lassen, nachdem sowohl der Bond-Future als auch der US-Dollar und das britische Pfund sehr übellaunig und unvorhergesehen auf die EZB-Entscheidungen reagierten.

Zusätzlich sorgt in diesen Tagen die fortgesetzte Rohstoffbaisse für weitere Bedenken, zumal dieser Sektor kein geringes Gewicht in den Aktienindizes aufweist. Nach wie vor zählen etwa die integrierten Ölunternehmen zu den größten börsennotierten Gesell-

schaften der Welt. Langsam zeigt sich, wie sehr auf den vorangegangenen Superzyklus bei Gold, Öl, Metallen und Agrarrohstoffen inzwischen eine Jahrhundertbaisse zu folgen scheint. Es spricht für sich und die Situation auf den Rohstoffmärkten, dass etwa der Minenbetreiber Anglo American in dieser Woche bekanntgab, sich bis Ende 2016 von knapp der Hälfte seiner Belegschaft aus betriebsbedingten Gründen trennen zu wollen. Bei anderen Unternehmen aus dem Rohstoffsektor wie z.B. Glencore und Freeport-McMoran sieht es kaum besser aus.

Ein Weiteres kommt noch hinzu. Der konfuse amerikanische Vorwahlkampf und die anstehende

zarte Leitzinsanhebung in den USA machen viele Anleger nervös. Es wäre nämlich nicht das erste Mal, dass ein Wahlkampfjahr sich zugleich auch als schwaches Konjunkturjahr gerieren würde. Obendrein sind die verbalen Clownerien von Donald Trump dazu angetan, die Unsicherheit bezüglich der künftigen US-Gesetzgebung besonders auf den Themengebieten Steuern, Energie, Klimaschutz, Infrastruktur und Außenpolitik wesentlich zu erhöhen. Der geschäftstüchtige Trump schickt sich mittlerweile an, wie ein Elefant im Porzellanladen herum zu irren. Sein nicht länger zu verhehlender Mangel an Taktgefühl und diplomatischen Gespür verschaffen ihm einstweilen eine hohe Gefolgschaft unter

der Protestwählerschaft. Aber für das höchste öffentliche Amt des Landes wirkt er mit fortschreitendem Wahlkampf zunehmend ungeeignet, und zwar auch bei seinen eigenen Leuten.

Aus Chicago,



Dr. Christoph Bruns